

Tunesien – Transit- und Flüchtlingsland, ein sicheres Herkunftsland? Ein wichtiger Partner für die EU

Das kleine Land in Nordafrika gilt als Musterbeispiel für Demokratie unter den afrikanischen und arabischen Staaten. Es ist das einzige Land, das nach dem arabischen Frühling ein demokratisches System etablieren konnte. Deshalb ist es immer wieder als sicheres Herkunftsland im Gespräch und doch gibt es immer wieder Berichte über Menschenrechtsverletzungen. Schon der umstrittene Fall Samy A., der gesetzeswidrig aus Deutschland abgeschoben wurde, obwohl ihm in Tunesien Folter droht, verdeutlicht, dass Tunesien nicht bedenkenlos als sicheres Herkunftsland kategorisiert werden kann. Im Folgenden wird als erstes anhand des geschichtlichen Verlaufs dargestellt, welche Mängel und Probleme die junge Demokratie aufweist. Anschließend wird detailliert die Menschenrechtslage im Land dargestellt. Danach wird thematisiert, inwiefern es sich bei Tunesien um ein Transitland und ein Fluchtland handelt, wie und weshalb Tunesier*innen selber die gefährliche Flucht wagen. Im letzten Teil wird die Zusammenarbeit zwischen der EU, einzelnen EU-Mitgliedsstaaten und Tunesien behandelt und weshalb das kleine Land einen so wichtigen Partner darstellt.

1. Tunesien und der lange Weg zu einer fragilen Demokratie

Karthago und der Kampf gegen das Römische Reich

Das nordafrikanische Land zwischen Libyen und Algerien hat aufgrund seiner strategischen geographischen Lage eine reichhaltige Geschichte. So wurde 841 v.Chr. die Stadt Karthago gegründet, 14km entfernt von der heutigen Hauptstadt Tunis. Die Stadt liegt zwischen der Levante und Gibraltar und stellte deshalb die wichtigste Handelsniederlassung des gleichnamigen Reiches „Karthago“ der Phönizier dar. Aufgrund der Bedeutsamkeit der Stadt kam es immer wieder zu Kämpfen mit dem Römischen Reich. Während einer dieser Kämpfe kam es zu Hannibals berühmten Überquerung der Alpen, bei der er die Römer beinahe besiegte. Am Ende aber siegte jedoch das Römische Reich, welches sich im heutigen Tunesien weiter ausbreitete.

Die arabisch-islamische Expansion

Mit der Entstehung des Islam und der Expansion des islamischen Reiches Mitte des 7. Jahrhunderts breiteten sich die Araber*innen auch in Tunesien aus. In der Folge konvertierten immer mehr Berber*innen zum Islam und Arabisch, die Sprache des Korans, gewann an Einfluss. Auch die Stadt Karthago konnte im Rahmen dieses Ausweitungsprozesses von Araber*innen erobert werden. Bis zur Übernahme Tunesiens durch das Osmanische Reich 1574 unterstand das kleine Land immer wieder unterschiedlichen arabischen Dynastien, die regelmäßig durch Aufstände von Berber*innen destabilisiert wurden.

Durch das geringe Interesse des Osmanischen Reiches an Tunesien gab es einen sogenannten „Bey“, einen Statthalter. Damit erhielt Tunesien eine gewisse Unabhängigkeit und Selbstständigkeit. In dieser Zeit wurden viele Verwaltungsreformen durchgeführt und beispielsweise die Sklaverei formell abgeschafft. Allerdings war die Ausgabenpolitik sehr

hoch, weshalb die Wirtschaft seit den 1820er Jahren stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, so dass das Land 1869 den Staatbankrott erklären musste. Europäische Mächte, die sich sehr für das strategisch gelegene Land interessierten, setzten eine Finanzkommission ein und kontrollierten Tunesien wirtschaftlich.

Französische Kolonialisierung

Nachdem Berber*innen aus dem Norden Tunesiens im Jahre 1881 nach Algerien vordrangen, welches bereits von Frankreich kolonialisiert war, fand Frankreich einen Vorwand, um auch in Tunesien einzumarschieren. Innerhalb von drei Wochen eroberte Frankreich die Hauptstadt Tunis.

Frankreich tilgte die Schulden des Landes und erhielt im Gegenzug weitreichende innenpolitische Befugnisse. Die tunesischen Monarch*innen nahmen eine rein repräsentative Position ein. Die französische Kolonialmacht führte Modernisierungen durch und etablierte ein zweisprachiges Schulsystem, das es den Tunesier*innen erlaubte, an französischen Universitäten zu studieren. In den folgenden Jahrzehnten blühte die Wirtschaft des kleinen Landes auf, wovon den Tunesier*innen selbst jedoch wenig zu Gute kam. Daher regte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts Widerstand gegen die Kolonialmacht und es bildeten sich zivilgesellschaftliche und nationalistische Organisationen heraus. Verhandlungen über die Unabhängigkeit scheiterten 1937.

Nach Ende des Krieges wuchs der Widerstand gegen die französische Kolonialmacht weiter und mündete 1951 schließlich in einen bewaffneten Aufstand. Daraufhin entsandte Frankreich 28.000 Soldaten* nach Tunesien. Frankreichs gesamtes Kolonialreich begann zu bröckeln und dem damaligen Präsidenten Pierre Mendès France war klar, dass es bis zur Unabhängigkeit nur noch eine Frage der Zeit sei. Und so kam diese – im Gegensatz zu vielen anderen gewaltfrei – am 20. März 1956.

Der erste Präsident Tunesiens: Habib Bourguiba (1956-1987)

Habib Bourguiba hatte schon während der Unabhängigkeitsbestrebungen eine wichtige Rolle gespielt und lebte einige Zeit im Exil. 1957 wurde er zum ersten Präsidenten Tunesiens. Die Jugend des in Frankreich studierten Anwalts war geprägt von Modernisierungsprozessen und so waren es auch seine ersten Amtsjahre. Nur fünf Monate nach der Unabhängigkeit erließ das Parlament eine neue Verfassung, die vor allem Frauen* weitgehend gleiche Rechte wie Männern zugestand. So durften diese wählen und die Scheidung einreichen. Zudem schaffte Bourguiba die Polygamie. Damit ist Tunesien heute das einzige arabische Land, das Polygamie verbietet. Bourguiba versuchte, die soziale Modernisierung mit allen Mitteln von oben voranzubringen und trank beispielsweise im Fernsehen während des Ramadans ein Glas Orangensaft. Jedoch wurde der Staat zunehmend autoritärer, die kommunistische Partei wurde verboten und ein Ein-Parteien-Staat etabliert. 1975 ernannte sich Bourguiba selbst zum Präsidenten auf Lebenszeit. Trotz Modernisierungsprozessen und wirtschaftlicher Liberalisierung schwächelte die Wirtschaft. Als Bourguiba 1983/84 Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel ankündigte, kam es zu Demonstrationen und gewalttätigen Ausschreitungen. Die islamistische Ennahdha-Bewegung wurde größer und verübte im August 1987 Anschläge auf ein Hotel. Dieses Klima der Angst und der sich zunehmend verschlechternde Gesundheitszustand Bourguibas ermöglichten den Aufstieg des Generals Zine

El Abidine Ben Ali. 1987 brachte dieser eine Gruppe von Ärzt*innen zusammen, die die Regierungsunfähigkeit Bourguibas bescheinigten¹².

Zine El Abidine Ben Ali (1987 – 2011)

Ben Ali gewann '89 als einziger Präsidentschaftskandidat die Wahlen. Zunächst führte er demokratische Reformen durch. So begrenzte er die mögliche präsidentielle Amtszeit auf drei Perioden, was er 2002 jedoch wieder abschaffte, um selbst an der Macht zu bleiben. Des Weiteren ließ er mehrere Oppositionsparteien zu. Die islamistische „Ennahda“ Partei blieb allerdings weiterhin verboten und gegen sie wurde hart vorgegangen. So wurden einige Mitglieder inhaftiert und über Jahre in Isolationshaft gehalten³.

Unter der Führung Ben Alis erfuhr Tunesien zunächst eine wirtschaftliche Aufschwungszeit. Vor allem der Tourismussektor wuchs beständig. Auch viele französische Firmen – die meisten davon Call-Center – ließen sich in dem französischsprachigen Land nieder. Jedoch nahm die Familie Ben Alis und vor allem die seiner Frau immer mehr Einfluss auf die Wirtschaft. Durch die Erlassung neuer Gesetze sicherte sie sich so die Kontrolle über die wichtigsten Wirtschaftszweige. Ben Alis Frau Leila wird als Hauptverantwortliche für die wachsende Korruption im Land verantwortlich gemacht⁴.

2002 starben durch einen terroristischen Anschlag auf eine Synagoge 21 Menschen, darunter 14 deutsche Tourist*innen. Die Regierung versuchte zunächst den Anschlag zu vertuschen und als Unfall darzustellen, um den Tourismus nicht zu gefährden. Die Terrororganisation Al-Qaida bekannte sich schließlich zu dem Attentat. Da dies der erste Anschlag nach „9/11“ war, bekam er eine hohe mediale Aufmerksamkeit. Die in Tunesien so wichtige Tourismusbranche wurde daraufhin stark in Mitleidenschaft gezogen.

Die hohe Arbeitslosigkeit unter Akademiker*innen, die vor allem in den vernachlässigten Binnenregionen des Landes bei bis zu 40 Prozent lag⁵, Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit, Internetzensur und grassierende Korruption führten zu immer mehr Spannungen. Während des Weltinformationsgipfels (WSIS) in Tunis 2005 traten Oppositionelle in den Hungerstreik, um auf die Menschenrechtslage im Land aufmerksam zu machen⁶. 2008 kam es in der Bergbauregion Gafsa im Inneren des Landes erstmalig zu Portesten aufgrund der intransparenten Einstellungspolitik. Die Regierung begegnete diesen mit einem massiven Militär- und Polizeiaufgebot, welches die Proteste blutig niederschlug und somit eine Ausweitung auf weitere Landesteile verhinderte. Diese Proteste können als Vorbote für den drei Jahre später folgenden arabischen Frühling gesehen werden⁷⁸.

Beginn des arabischen Frühlings

Der Ursprung des arabischen Frühlings liegt in Tunesien. Auslöser war die Selbstverbrennung des jungen Gemüsehändlers Muhammed Bouazizi. Dieser lebte in einer der ärmsten Regionen

¹ https://www.deutschlandfunk.de/tunesien-wird-unabhaengig.724.de.html?dram:article_id=98422

² <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/223304/1956-tunesien-unabhaengig>

³ <https://www.hrw.org/de/news/2005/04/19/tunesien-ein-jahrzehnt-isolationshaft>

⁴ <https://www.aljazeera.com/indepth/features/2014/03/revealing-tunisia-corruption-under-ben-ali-201432785825560542.html>

⁵ <https://www.tekiano.com/2011/06/07/tunisie-la-moitie-des-diplomes-de-sidi-bouazid-sont-chomeurs/>

⁶ <https://www.nzz.ch/articleDBN7U-1.184083>

⁷ <https://www.boell.de/de/2014/11/21/revolution-anfuhrungszeichen>

⁸ https://rp-online.de/politik/ausland/die-geschichte-tunesiens-seit-der-unabhaengigkeit_jid=8937613#15

Tunesiens und hatte keine Genehmigung für seinen Stand, woraufhin ihn die Polizei auf offener Straße schlug und seine Waren und seine elektrische Waage konfiszierte. Nachdem Bouazizis Bitten um Wiedererlangung der konfiszierten Ware beim Rathaus auch in Schlägen endeten, verbrannte er sich noch am gleichen Tag selbst auf offener Straße⁹. Es folgten Proteste gegen die Arbeitslosigkeit und die steigenden Lebensmittelpreise, die sich nach und nach auf das ganze Land ausbreiteten. Bouazizi fand mehrere Nachahmer*innen, die sich ebenfalls verbrannten. Ben Ali entließ Minister*innen und Gouverneur*innen und versprach Reformen und Jobs. Die Polizei begegnete den Protesten mit Härte. Bis zum Sturz Ben Alis kamen mindestens 66 Personen um. Auch Journalist*innen wurden von der Polizei angegriffen und bedroht. Das Militär jedoch zeigte sich neutral und stellte sich nicht hinter Ben Ali. Stattdessen verbündete es sich mit einigen Demonstrant*innen. Am 14. Januar 2011 kam es zu großen Demonstrationen in Tunis, bei denen beinahe das Innenministerium besetzt wurde. Die Polizei verhängte den Ausnahmezustand. Noch am selben Abend flohen Ben Ali und seine Familie nach Saudi-Arabien. Eine Übergangsregierung mit dem alten Ministerpräsidenten wurde installiert. In den Protesten spielten die sozialen Netzwerke wie Facebook und Twitter eine bedeutende Rolle, um Informationen zu verbreiten und sich zu vernetzen^{10 11 12}.

Die Zeit nach dem arabischen Frühling bis jetzt

Die Übergangsregierung wurde aufgrund weiterer Proteste mehrere Male umgeformt. Am 23. Oktober desselben Jahres wurden die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung abgehalten. Dabei wurde eine Regierung für den Zeitraum von einem Jahr gewählt, um eine Verfassung zu erarbeiten. Die islamistische En-Nahda Partei erhielt eine relative Mehrheit¹³. Die Partei zeigt sich seitdem als moderat islamistisch, jedoch streben vor allem viele junge Menschen nach einer liberalen Politik und sehen ihre Forderungen in der Revolution durch die konservative und religiöse Partei verraten¹⁴.

Am 6. Februar 2013 wurde das Land von einem Mordfall erschüttert: der linke Oppositionspolitiker Chokri Belaid wurde gezielt beim Verlassen seines Hauses im Auto erschossen. Der mutmaßliche Mörder wurde identifiziert, es herrscht jedoch weiter Unklarheit darüber, welche Personen dahinter stecken. Viele Tunesier*innen machten die damalige Regierung und die En-Nahda Partei für den Mord verantwortlich¹⁵. Der Mord löste eine Regierungskrise aus und führte schließlich zu einer Regierungsumbildung.

Nicht einmal ein halbes Jahr später ereignete sich erneut ein politischer Mord: Mohamed Brahmi, Vorsitzender einer linken Oppositionspartei und Kritiker der En-Nahda, wurde ebenfalls in seinem Auto erschossen¹⁶. Nach seinem Tod kam es erneut zu heftigen Demonstrationen.

Am 26. Januar 2014, nach mehrmaliger Aufschiebung, wurde schließlich die neue Verfassung des Landes verabschiedet. Darin wurde festgeschrieben, dass es eine*n Premierminister*in und

⁹ https://www.nytimes.com/2011/01/22/world/africa/22sidi.html?_r=1&pagewanted=2&src=twrhp

¹⁰ <https://www.liportal.de/tunesien/geschichte-staat/>

¹¹ https://www.fluechtlingsrat-hamburg.de/content/Kurze_Chronologie_tunesischen_Revolution_2011.pdf

¹² <http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/52452/tunesien>

¹³ <https://www.nytimes.com/2011/10/24/world/africa/tunisians-cast-historic-votes-in-peace-and-hope.html>

¹⁴ <https://www.sueddeutsche.de/politik/kontroversen-um-wahlsieger-en-nahda-tunesien-kaempft-um-die-eigene-identitaet-1.1195312>

¹⁵ <https://www.zeit.de/politik/ausland/2013-02/tunesien-belaid-khalifaoui/seite-2>

¹⁶ <https://www.bbc.com/news/world-africa-23452979>

eine*n Präsident*in geben soll, um ein autoritäres Regime zukünftig zu verhindern. Dazu zählt auch die Maßnahme einer Dezentralisierung, die den einzelnen Regionen mehr Autonomie gewähren soll. Außerdem wurde der Beschluss gefasst, ein Verfassungsgericht zu etablieren. Größtes Streitthema der neuen Verfassung war die Rolle der Religion. In der Verfassung ist nun auf der einen Seite die Glaubensfreiheit festgeschrieben, auf der anderen Seite ist der Islam Staatsreligion und der tunesische Staat wird als Schützer des Islams dargestellt. Der Verfassung mangelt es immer noch an Rechten für ethnische und religiöse Minderheiten. Zudem wird der Staat nicht deutlich als Schützer von sozioökonomischen Rechten verankert¹⁷. Tunesien hat die progressivste Verfassung in der arabischen Welt, jedoch merken Menschenrechtsorganisationen an, dass diese auch umgesetzt werden müsse und eine Gefahr der Nicht-Einhaltung bestehe¹⁸. Vor allem junge Menschen finden sich in der neuen Verfassung nicht wieder und kritisieren, dass sie nicht am Erstellungsprozess beteiligt wurden¹⁹.

Schließlich ermöglichte die Verfassung die neuen Wahlen. Ende 2014 erhielt die säkulare Sammlungspartei Nidaa Tounes die relative Mehrheit, während die En-Nahda aufgrund ihrer Performance als Regierungspartei der letzten drei Jahre an Macht einbüßen musste. Der 92-jährige Beji Caid Essebsi, Mitglied der Nidaa Tounes, wurde trotz seiner Verbindungen zum alten Regime Bourguibas und Ben Alis zum ersten demokratisch gewählten Präsidenten Tunesiens ernannt. Bei den Wahlen wurden Frauen* zu gleichen Teilen wie Männer aufgestellt, da es die Verfassung so vorschreibt. Militärs und Polizei waren von den Wahlen ausgenommen. Die Wahlen wurden von internationalen Beobachter*innen als fair bezeichnet, lediglich logistische Probleme wurden kritisiert²⁰.

Seit dem arabischen Frühling kam es in Tunesien vermehrt zu terroristischen Attacken. Dabei waren zunächst vor allem Sicherheitskräfte das Ziel. 2015 kam es jedoch zu zwei schweren Attentaten auf zivile Opfer. Der erste Anschlag wurde am 18. März 2015 auf das Bardo-Museum in Tunis verübt. Dabei kamen 22 Menschen, hauptsächlich Tourist*innen, ums Leben. Bei den Attentätern handelte es sich um Tunesier, die in libyschen Trainingslagern ausgebildet wurden²¹. Kurze Zeit später kam es am 26. Juni zu einem weiteren Anschlag, bei dem 38 Tourist*innen in Sousse, einem Hauptort des Tourismus, am Strand erschossen wurden. Der IS hat sich zu beiden Attentaten bekannt. Da beide Attentate gezielt touristische Orte angriffen und viele Tourist*innen ums Leben kamen, brach der Tourismussektor in Tunesien stark ein. Da dieser Sektor einen Großteil der Wirtschaft ausmacht, hatte dies fatale Folgen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, von der sich Tunesien bis heute nicht erholt hat.

Die schlechte wirtschaftliche Lage und die damit verbundene hohe Arbeitslosigkeit vor allem unter jungen Menschen führte zu einer generellen Frustration und Hoffnungslosigkeit, die bis heute anhält. Als der Staat Ende 2017 Lebensmittelpreise erhöhte und Lohnkürzungen vollzog, gingen am 14. Januar 2018, zum Jahrestag der Revolution, wieder vor allem junge Menschen auf die Straße, um gegen diese Sparpolitik zu protestieren. Bei den Protesten kam ein Mensch ums Leben und mehr als 800 wurden verhaftet²².

¹⁷ <http://www.gmfus.org/publications/new-forms-democratic-citizenship-middle-east-and-north-africa-alternative-approach-eu>

¹⁸ <https://carnegie-mec.org/diwan/57349>

¹⁹ <https://carnegie-mec.org/2014/04/28/beyond-tunisia-s-constitution-devil-in-details-pub-55398>

²⁰ <https://www.liportal.de/tunesien/geschichte-staat/>

²¹ <https://www.zeit.de/news/2017-02/01/terrorismus-der-anschlag-auf-das-bardo-nationalmuseum-in-tunis-01173808>

²² <https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/sieben-jahre-nach-der-revolution-das-ende-der-hoffnung-in-tunesien/20849424.html>

Im Mai 2018 wurden nach fünfmaliger Verschiebung die ersten Kommunalwahlen abgehalten, die die Dezentralisierung voranbringen sollen. Viele Tunesier*innen sind jedoch aufgrund von anhaltender Korruption, leeren Versprechen und Parteistreitigkeiten politikmüde geworden²³. Die Korruption hat sich nach dem Sturz Ben Alis sogar noch ausgeweitet, denn vorher hatte lediglich das Regime den Überblick und die Möglichkeit zur Korruption, wohingegen jetzt ein größerer Teil der Gesellschaft die Möglichkeit hat, sich ihrer zu bedienen²⁴. Im Kampf gegen die Korruption erließ die Regierung Ende 2017 ein umstrittenes Gesetz, das „Staatsbediensteten, denen Korruption und Veruntreuung vorgeworfen wird, Immunität zusichert, sollten sie nur Befehle ausgeführt und sich nicht persönlich bereichert haben“²⁵. Die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen lag bei lediglich 33,7 Prozent der registrierten Wähler*innen, wobei nur 5,4 Millionen der insgesamt 11,4 Millionen Tunesier*innen überhaupt registriert waren²⁶. Die meisten Stimmen erhielten unabhängige Kandidat*innen (32,2 Prozent), gefolgt von der En-Nahda mit 28,6 Prozent. Die Nidaa Tounes konnte lediglich 20,8 Prozent aller Stimmen holen²⁷.

Auch wenn sich der Tourismus langsam wieder erholt, bleiben ausländische Unternehmen aufgrund der Sicherheitslage und politischen Instabilität immer noch fern und Investitionen in das Land sind rar. 7,5 Jahre nach der Revolution verlieren die Menschen immer mehr das Vertrauen in die politischen Eliten. Aufgrund der Aussichtslosigkeit suchen sie nach Alternativen – und das vor allem im Ausland. Viele wagen den Weg nach Europa, aber es gibt auch eine große Anzahl von Personen, die sich religiös radikalisieren und versuchen, ihrem Leben dadurch wieder einen Sinn zu geben. Bis zu 6000 Tunesier*innen sollen sich dem IS angeschlossen haben²⁸. Damit besitzt Tunesien die höchste Pro-Kopf-Rate an ausländischen IS-Kämpfer*innen in Syrien und dem Irak. Aus Saudi-Arabien schlossen sich beispielsweise lediglich 2.500 Menschen dem IS an, wobei das Land drei Mal so viele Einwohner*innen hat wie Tunesien²⁹. Die Radikalisierung der jungen Tunesier*innen lässt sich allerdings nicht nur mit der wirtschaftlich aussichtslosen Lage erklären, sondern liegt in der Geschichte Tunesiens begründet. Die islamistischen und salafistischen Gruppen wurden vor der Revolution jahrzehntelang verfolgt und waren starken Repressionen ausgesetzt. 2011 wurden sie plötzlich legalisiert und kamen wie mit der En-Nahda Partei selbst zu politischer Macht. Die Partei ließ den islamistischen Gruppen freie Hand haben und so wurden im Beginn des Jahres 2014 schon 90 Prozent der Moscheen von islamistischen Gruppen und Predigern kontrolliert, deren Reden bei den vielen marginalisierten und hoffnungslosen Jugendlichen auf offene Ohren stießen³⁰. Ende 2019 sind die nächsten Präsidentschaftswahlen geplant, bei denen dann auch Angehörige des Militärs und der Polizei wahlberechtigt sind, allerdings haben schon jetzt einige

²³ <https://www.tagesschau.de/ausland/kommunalwahl-tunesien-101.html>

²⁴ <https://carnegieeurope.eu/strategieurope/74952>

²⁵ <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/tunesien#section-1727816>

²⁶ <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-05/kommunalwahl-tunesien-islamisten-wahlbeteiligung-politikverdrossenheit>

²⁷ <https://www.reuters.com/article/us-tunisia-election/independent-candidates-get-most-votes-in-tunisias-municipal-election-idUSKBN1I92DW>

²⁸ <https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/sieben-jahre-nach-der-revolution-das-ende-der-hoffnung-in-tunesien/20849424.html>

²⁹ <http://time.com/4739488/isis-iraq-syria-tunisia-saudi-arabia-russia/>

³⁰ <https://carnegie-mec.org/2014/11/26/tunisia-s-security-challenge-pub-57289>

Politiker*innen die Aufschiebung der Wahl gefordert³¹. Es wird sich dann zeigen, wie viel Vertrauen die Bevölkerung noch in die Demokratie hat.

2. Menschenrechte in Tunesien

Meinungs- und Religionsfreiheit, Ethnische Minderheiten

Nach der Revolution hat die neue Übergangsregierung das Pressegesetz und das Gesetz über den Rundfunk liberalisiert. Dadurch wurden die strafrechtlichen Sanktionen, die diese Gesetze vorsahen, abgeschafft. Trotzdem sieht das Strafgesetzbuch, das Militärgesetzbuch und das Telekommunikationsgesetz weiterhin Haftstrafen bei Meinungsäußerungen vor, die den Staat angreifen. So wurde am 26. September 2011 der Journalist Jamel Arfaoui unter Anwendung des Paragraphen 91 des Militärgesetzbuches angeklagt mit der Begründung, er hätte die Armee beleidigt. Der Journalist hatte zuvor in einem Artikel der Armee eine mangelnde Ermittlungen im Falle von zwei getöteten Offizieren durch einen Flugzeugabsturz vorgeworfen. Das Gesetzbuch sieht eine Haftstrafe von bis zu drei Jahren vor.

Darüber hinaus gibt es im Strafgesetzbuch den Paragraphen 125, der die Beleidigung eines Beamten unter Strafe stellt. In der Praxis wird er vor allem von der Polizei angewandt, um Personen zu inhaftieren und zum Teil sogar zu Haftstrafen zu verurteilen, etwa weil Personen mit der Polizei diskutiert haben, Anordnungen nur langsam nachgekommen sind oder weil sie eine Beschwerde melden wollten oder gemeldet haben. Mehrere Aktivist*innen und Journalist*innen wurden aufgrund des Paragraphen 125 inhaftiert und angeklagt³².

Im Juli 2014 griffen Bewaffnete an der Grenze zu Algerien Regierungstruppen an und töteten dabei 15 Soldat*innen. Dies nahm die Regierung zum Anlass, um die Rechte auf freie Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit einzuschränken. Nicht genehmigte Radio- und Fernsehsender wurden abgeschaltet, Moscheen geschlossen und der Zugang zu sozialen Netzwerken im Internet blockiert. 157 Organisationen wurde die Arbeit verboten, weil diese Verbindungen zu terroristischen Gruppen besäßen. Damit setzen sich die Behörden über ein Gesetz aus dem Jahre 2011 hinweg, das eine Suspension von Organisationen nur mit gerichtlichem Beschluss ermöglicht. Des Weiteren drohte die Regierung, alle Personen strafrechtlich zu verfolgen, die das tunesische Militär oder die Polizei in Frage stellten³³.

Aufgrund der Anschläge auf touristische Ziele im März und Juni 2015 beriefen die Behörden im Juli einen dreimonatigen Ausnahmezustand ein, der es der Regierung ermöglichte, alle Streiks und Demonstrationen zu verbieten. Sie wandten Gesetze aus der Regierungszeit Ben Alis an, wie etwa das Antiterrorgesetz aus dem Jahr 2003. Medien wurden kontrolliert und zensiert³⁴. Davor galt schon ab Beginn der Revolution bis zum März 2014 der Ausnahmezustand und Notstandsgesetze bestanden, die Polizei und Militär weitreichende Befugnisse gaben³⁵.

Im Mai 2017 verkündete Präsident Essebsi, man werde die Armee einsetzen, um Einrichtungen zentraler wirtschaftlicher Bedeutung vor Zerstörungen durch Demonstrierende zu schützen. An den Tagen danach ging die Polizei gewaltsam gegen Demonstrierende vor, ein Mensch wurde von einem Fahrzeug der Nationalgarde überrollt und getötet. Die Behörden sprachen von einem

³¹ <https://www.aa.com.tr/en/middle-east/tunisia-s-ennahda-rejects-calls-to-postpone-2019-polls/1243251>

³² <https://www.hrw.org/world-report/2017/country-chapters/tunisia#eea21f>

³³ <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2015/tunesien#section-10498>

³⁴ <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2016/tunesien#section-10894>

³⁵ <https://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/tunesien-ausnahmezustand-aufhebung>

Unfall. Auch gingen mehrere Sicherheitskräfte mit Schlagstöcken gegen einen Journalisten vor, der über eine Sitzblockade berichtete. Insgesamt stieg auch die strafrechtliche Verfolgung gegen Demonstrierende im Jahr 2017 an.

Die Sicherheitsbehörden gingen 2017 weiter gegen Handlungen vor, die eigentlich unter das Recht auf freie Meinungsäußerung fallen. So wurden zwei Männer zu zwei Monaten Haft verurteilt, weil sie ein selbstentworfenes T-Shirt mit einem Slogan trugen, der der Polizei vorwirft, moralisch korrupt zu sein.

Gerade in Bezug auf die Religion ist die Meinungsfreiheit in Tunesien noch stark eingeschränkt. So besteht für Kritiker*innen des Islams immer die Gefahr, von religiösen Extremist*innen angegriffen zu werden, wie etwa 2012, als Salafist*innen eine Kunstaussstellung angriffen, die ihrer Meinung nach den Islam beleidigte. Die beiden Künstler wurden danach dem Ermittlungsrichter vorgeführt. Auch der Ramadan stellt eine religiöse gesellschaftliche Streitfrage dar. Es gibt keine Gesetze, die das Essen, Trinken und Rauchen in der Öffentlichkeit verbieten, trotzdem werden Menschen inhaftiert und zu Haftstrafen verurteilt, wie etwa 2017, als fünf Männer öffentlich rauchten³⁶. Des Weiteren gibt es keine Gesetze, die Cafés und Restaurants die Öffnung während des Tages im Ramadan verbieten. Allerdings gibt es ein Memorandum von 1981, das Cafés nur in touristischen Gegenden eine Lizenz zur Öffnung erteilt. Dieses Memorandum sagt jedoch nicht deutlich, was genau touristische Gegenden sind und wie viele Cafés geöffnet haben dürfen. 2018 gab das Innenministerium bekannt, keine neuen Lizenzen vergeben zu wollen. Im Mai gingen ungefähr 400 Menschen, überwiegend Atheist*innen, auf die Straße, um gegen den Zwang zum Fasten zu protestieren. Während Habib Bourguiba zunächst selbst öffentlich im Fernsehen das Fasten brach und somit eine Modernisierung voranbringen wollte, erschuf er '81 das Memorandum als Reaktion auf seinen schwindenden Einfluss und die Erstarkung von religiösen Gruppen³⁷. Neben der polizeilichen Repression kommt ein enorm hoher gesellschaftlicher Druck hinzu, der von bösen Blicken über Anfeindungen bis hin zu Gewalt reicht.

Während 99 Prozent der Tunesier*innen offiziell dem sunnitischen Islam folgen, machen religiöse Minderheiten in Tunesien lediglich ein Prozent aus: es gibt etwa 20.000 Christ*innen und zwischen 1.500 und 2.000 Juden*Jüdinnen. Nach 2011 nahm die Anzahl an antisemitischen Angriffen zu, weshalb die tunesischen Sicherheitsbehörden Synagogen schützen^{38 39}. Die kleine Gemeinde der Baha'i umfasst maximal 1.000 Menschen und wird als ketzerisch eingestuft. Deshalb ist es ihnen verboten, in der Öffentlichkeit zu beten, jedoch ist es ihnen erlaubt, sich privat zu treffen⁴⁰. Aber auch Muslim*innen werden zum Teil angegriffen. So werden Männer mit langen Bärten, denen dadurch eine salafistische Ausrichtung unterstellt wird, oftmals von der Polizei ohne rechtliche Grundlage inhaftiert, geschlagen und misshandelt und Frauen*, die eine Vollverschleierung tragen, werden von Sicherheitskräften beleidigt⁴¹.

³⁶ <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/tunesien#section-1727815>

³⁷ <https://www.nytimes.com/2018/06/13/world/middleeast/ramadan-fasting-end-protest-tunisia.html>

³⁸ <https://www.reuters.com/article/us-bayer-glyphosate-lawsuits/bayers-monsanto-asks-u-s-court-to-toss-289-million-glyphosate-verdict-idUSKCN1LZ0H7>

³⁹ <https://www.state.gov/documents/organization/269160.pdf>

⁴⁰ <https://minorityrights.org/country/tunisia/>

⁴¹ <https://www.state.gov/documents/organization/269160.pdf>

Gefangene, Polizeigewalt, Todesstrafe

Wie im vorherigen Unterkapitel erwähnt, sind tunesische Bürger*innen der Willkür des Sicherheitsapparates oftmals schutzlos ausgesetzt. Aufgrund der Terroranschläge 2015 hat die tunesische Regierung den Ausnahmezustand ausgerufen und zusätzliche Notstandsgesetze eingeführt. Diese erlauben den Sicherheitsbehörden beispielsweise, verdächtige Personen bis zu 15 Tage lang zu inhaftieren oder Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Beschluss durchzuführen. Außerdem kann Inhaftierten zu Beginn ihrer Inhaftierung für 48 Stunden ein*e Anwalt*in verwehrt werden⁴². Schließlich haben die Sicherheitsbehörden das Recht, Menschen unter Hausarrest zu stellen, wobei dies nur auf mündliche Anweisung erfolgen kann und die betroffenen Personen somit keine Möglichkeit haben, vor Gericht gegen den Hausarrest vorzugehen. Des Weiteren gibt es die sogenannte S17 Anordnung, die Extremist*innen an der Reise und dem Anschluss an bewaffnete Gruppen hindern soll. Aufgrund dieser Anordnung werden Personen als verdächtig registriert und müssen sich beispielsweise vor Ausreise ins Ausland bei den Behörden melden. Außerdem werden sie daran gehindert, ihre Heimatprovinz zu verlassen. Tun sie es doch und werden dabei aufgegriffen, werden auch sie festgenommen und kurzzeitig inhaftiert. Auch Familienangehörige der unter Verdacht stehenden Personen sind von gewaltsamen Razzien, Drohungen und Schikanen betroffen.

Wie Menschenrechtsanwält*innen berichteten, droht bei jeder Inhaftierung die Gefahr von Gewalt, Misshandlung und Folter, meist während der Festnahme oder der Untersuchungshaft. Zwar gibt es seit 2013 einen nationalen Mechanismus zur Verhütung von Folter („L’Instance National de Prévention de la Torture“), allerdings konnte dieser 2017 erneut nur eingeschränkt arbeiten. Zum einen mangelt es an Kooperation seitens des Innenministeriums, zum anderen ist dieser Mechanismus finanziell nur unzureichend durch die Regierung ausgestattet.

In Tunesien werden weiterhin Menschen zum Tode verurteilt, allerdings wurde seit 1991 keine Hinrichtung mehr durchgeführt⁴³.

Frauenrechte

Wie die Geschichte zeigt, sind die Frauen*rechte in Tunesien im internationalen Vergleich weit vorangeschritten. In der 2014 neu verfassten Verfassung sind Frauen* und Männer rechtlich gleichgestellt. Dies ist das Ergebnis eines langen Ringens, denn aus der En-Nahda kam der Vorschlag, dass Frauen* Männer lediglich „ergänzen“ sollten.

Im Juli 2017 verabschiedete das Parlament eine Reihe weiterer fortschrittlicher Gesetze. Eines sieht beispielsweise die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen* vor. Das Gesetz garantiert den Frauen* Schutz bei geschlechtsspezifischer Gewalt und erkennt neben sexueller auch wirtschaftliche, politische und psychologische Gewalt gegen Frauen* an. Das Gesetz führte zu der Aufhebung eines Artikels des Strafgesetzbuches, der es Männern, die wegen der Vergewaltigung einer Frau* oder eines Mädchens* angeklagt waren, erlaubte straffrei zu bleiben, wenn sie ihr Opfer heirateten. Zwei Monate später verabschiedete das Parlament zudem ein Gesetz, dass es Frauen* erlaubt, auch nicht-muslimische Männer zu heiraten⁴⁴. Die Gesetze stellen einen ersten Schritt dar, es mangelt jedoch weiter an Ressourcen für Frauen*häuser und es bedarf weiterhin an speziellen Trainings für die Polizei.

⁴² <https://www.hrw.org/world-report/2017/country-chapters/tunisia#897ff3>

⁴³ <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/tunesien#section-1727813>

⁴⁴ <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/tunesien#section-1727816>

Im Zuge der neuen Gesetze kam auch die Idee der Reform des Erbschaftsrechtes auf. Im Moment ist es vom Koran abgeleitet und gesetzlich festgelegt, dass Frauen* weniger erben als Männer. Den Anstoß zur Gleichstellung von Frauen* und Männern im Erbrecht unterstützt der derzeitige Präsident Essebsi. Die stärkste Partei, die En-Nahda, lehnte diesen Vorschlag vor kurzem jedoch ab⁴⁵.

Auf politischer Ebene gibt es eine Frauen*quote, nach der 50 Prozent der aufgestellten Kandidat*innen Frauen* sein müssen. Dadurch hat Tunesien mit 31,3 Prozent den höchsten Frauen*anteil im Parlament in den arabischen Staaten und er entspricht ungefähr dem deutschen Anteil⁴⁶. Allerdings sind Frauen* in der Regierung weiterhin stark unterrepräsentiert und besetzen nur drei von 28 Minister*innenposten. Da die Frauen*quote auch auf kommunaler Ebene gilt, wurde 2018 die erste Frau zur Bürgermeisterin gewählt. Sie regiert nun in der fortschrittlichen Hauptstadt Tunis. Eine Befragung unter den Bewohner*innen Tunis‘ zeigte jedoch, dass die Meinungen über eine weibliche Bürgermeisterin auseinandergehen. 36 Prozent stimmen der Aussage zu, dass eine Frau als Bürgermeisterin nicht geeignet sei, während 54 Prozent diese ablehnen. Dabei spielt Geschlecht, Alter, Bildungshintergrund oder politische Ausrichtung der*des Befragten keine Rolle auf die Antwort. Eine ähnliche Stimmverteilung findet man in all diesen Kategorien wider⁴⁷.

Frauen* in Tunesien sind oftmals gut ausgebildet. So sind 67 Prozent der Universitätsabsolvierenden Frauen*. Auch in männlich geprägten Domänen wie Mathematik oder Ingenieurwissenschaften sind 57 Prozent der Absolvierenden Frauen*. Allerdings ist die Arbeitslosigkeit unter Frauen* doppelt so hoch wie unter Männern. Außerdem verdienen Männer im Durchschnitt 271 Prozent mehr als Frauen*⁴⁸.

Letztlich darf bei all den gesetzlichen Fortschritten für Frauen* nicht vergessen werden, dass die Realität oftmals eine andere ist. Vor allem in den armen und rückständischen Gebieten im Landesinneren werden die Gesetzte oft nicht beachtet. Frauen* leiden daher immer noch unter starken Repressionen, sind Gewalt oftmals schutzlos ausgesetzt und viele Frauen* unterstehen der Macht der Männer ihrer Familie⁴⁹.

Rechte von Homosexuellen und LGTBQI*

Lesben, Schwule, Trans- und Intergeschlechtliche, Bisexuelle und Queers sind in Tunesien von der Festnahme durch den Paragraphen 230 bedroht. Dieser stellt gleichgeschlechtliche sexuelle Beziehungen unter Strafe. 2017 nahm die Polizei im Rahmen dieses Paragraphen mindestens 44 Menschen fest und verurteilte beispielsweise einen 16-jährigen zu vier Monaten Haft. Die Höchststrafe liegt bei drei Jahren, die beispielsweise 2015 sechs Männern verhängt wurde. Zudem wurden sie nach Verbüßen der Haftstrafe für fünf Jahre aus ihrer Stadt Kairouan verbannt. Des Weiteren unterzieht die Polizei die Inhaftierten* oftmals einer Analuntersuchungen, die einen Verstoß gegen das Verbot von Folter und Misshandlungen darstellt. Laut Human Rights Watch ist Tunesien eines der acht Länder weltweit, die eine solche Untersuchung noch anwenden⁵⁰. Es sind außerdem viele Fälle bekannt, in denen die Rechte von

⁴⁵ <https://www.hrw.org/news/2018/09/06/tunisia-ennahda-rejects-inheritance-equality>

⁴⁶ <https://www.amnesty.org/en/countries/middle-east-and-north-africa/tunisia/report-tunisia/>

⁴⁷ <https://carnegieendowment.org/sada/76810>

⁴⁸ <https://www.opendemocracy.net/chouaib-el-hajjaji/feminism-in-tunisia-brutal-hijacking-elitism-and-exclusion>

⁴⁹ <https://www.arte.tv/de/videos/079506-000-A/tunesien-das-recht-der-frauen/>

⁵⁰ <https://www.hrw.org/report/2016/07/12/dignity-debased/forced-anal-examinations-homosexuality-prosecutions>

LGTBQI* durch andere Menschen missachtet wurden und diese beispielsweise körperlich angegriffen wurden. Versuchten die LGTBQI* daraufhin, diese Rechtsbrüche bei der Polizei anzuzeigen, wurden sie oftmals erneut Opfer von Gewalt und Misshandlungen durch die Polizei⁵¹. Anfang des Jahres erschossen Polizist*innen zudem einen Teilnehmer* einer Demonstration, die unter anderem die Abschaffung des Paragraphen 230 forderte. Außerdem inhaftierte die Polizei zwei Teilnehmer*innen ohne Anklage, weil sie auf der Demonstration eine Regenbogenflagge geschwenkt hatten⁵².

Asylbewerber*innen und Geflüchtete

Bis 2012 war Tunesien kaum mit der Aufnahme von geflüchteten Menschen konfrontiert. Das kleine Land hat zwar die UN-Flüchtlingskonvention und ihr Zusatzprotokoll unterschrieben, hat jedoch noch kein Asylrecht eingeführt. Dadurch fehlen Asylsuchenden und Geflüchteten grundlegende Rechte. Bislang kümmert sich der UNHCR um „gefährdete Personen“ (engl.: „persons of concern“) und vergibt an diese Flüchtlingsstatus. Im Jahr 2017 gab es insgesamt 771 „people of concern“, davon machten Menschen aus Syrien (602) und Palästina (30) die größten Gruppen aus. Damit ermöglicht das Hochkommissariat Hilfsorganisationen die Eingliederung von Geflüchteten. Das Justizministerium will an einem neuen Gesetz arbeiten, um den Status von Geflüchteten und damit ihre Rechte besser zu regeln⁵³. Bislang leben lediglich knapp 1000 anerkannte Geflüchtete aus Syrien in Tunesien⁵⁴.

2017 konnten libysche Staatsangehörige ohne Aufwand nach Tunesien einreisen. Staatsangehörige anderer Länder konnten nur mit gültigen Papieren einreisen und mussten nach einem kurzen Aufenthalt das Land wieder verlassen. Die tunesische Küstenwache rettet zudem viele Menschen aus Seenot, die in provisorischen Lagern untergebracht werden und aufgrund der fehlenden Rechte und Perspektivlosigkeit nach kurzer Zeit meist wieder in ihre Heimatländer zurückkehren⁵⁵.

Im Süden Tunesien gab es das Camp „Choucha“ für Geflüchtete, in dem hauptsächlich Menschen aus verschiedenen Ländern Afrikas wohnten, die in Libyen gearbeitet haben und nach dem Tod Gaddafis und den ausgebrochenen Kämpfen ins Nachbarland Tunesien geflohen sind. Das Camp wurde offiziell schon 2013 vom UNHCR geschlossen, bestand aber bis zur plötzlichen gewaltsamen Räumung durch die tunesische Regierung 2017 weiter. Danach wurden die Menschen zur Unterbringung in ein anderes, wenn auch besseres Camp gezwungen. Ein Teil der Menschen dieses Lagers war 2015 auf die Straße gegangen, um eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis in Tunesien zu fordern. Die tunesischen Behörden nahmen zehn Personen fest, inhaftierten sie in einer speziellen Hafteinrichtung für Geflüchtete und versuchten, sie zur Überquerung der Grenze nach Algerien zu zwingen. Am Ende ließen die Behörden sie wieder frei. Die zehn Menschen stammten aus dem Sudan, Nigeria, Kenia und Liberia und hatten alle zuvor in Libyen gearbeitet⁵⁶.

⁵¹ Für detaillierte Fälle siehe: <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2016/tunesien#section-10895> und <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/tunesien#section-1727816>

⁵² <https://www.hrw.org/news/2018/02/01/tunisian-police-shut-down-dissent>

⁵³ <http://reporting.unhcr.org/sites/default/files/UNHCR%20Tunisia%20Factsheet%20-%20January%202018.pdf>

⁵⁴ <https://www.arte.tv/de/videos/084128-000-A/tunesien-integration-syrischer-fluechtlinge/>

⁵⁵ <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2016/tunesien#section-10897>

⁵⁶ <https://www.aljazeera.com/indepth/features/2017/07/refugees-limbo-tunisia-shuts-desert-camp-170714132119335.html>

3. Tunesien als Transit- und Fluchtland

Wie im Kapitel 2.5. „Asylbewerber*innen und Geflüchtete“ dargelegt, gibt es in Tunesien kein Asylsystem und daher kaum eine Perspektive für Geflüchtete. Somit stellt Tunesien eher ein Transit- als ein Aufnahmeland dar.

Die meisten Geflüchteten, die Tunesien aufnimmt, werden auf dem Meer aufgegriffen. Meisten handelt es sich um Menschen, die in Libyen ihre Reise nach Europa beginnen. Hinzu kommen einige geflüchtete Libyer*innen. Während 2011 knapp eine Million Menschen aus Libyen in das kleine Nachbarland Tunesien flohen, verließen 70 Prozent später wieder das Land⁵⁷. Angesichts der neu ausgebrochenen Kämpfe in Libyen bleibt jedoch abzuwarten, ob wieder mehr Libyer*innen nach Tunesien fliehen werden. Es bleibt auch abzuwarten, ob Tunesien als Transitland an Bedeutung zunimmt, da die Abfahrten aus Libyen immer schwieriger werden. Wegen der Anschläge 2015 und der instabilen Situation in den beiden Nachbarländern Algerien und Libyen hat Tunesien ein großes Eigeninteresse am Schutz seiner Grenzen. Dieser Schutz hängt allerdings vom Willen der Sicherheitskräfte ab, welche die Grenzen und Abfahrtsorte kontrollieren. Eine politische oder wirtschaftliche Krise könnten die Stabilität Tunesiens ins Wanken bringen und zu mehr Korruption bei den Grenzkontrollen führen und damit auch die Rolle als Transitland verändern. Die Nähe Tunesiens zu den Inseln Sizilien und Lampedusa und damit zu Europa machen das Land zu einem attraktiven Ort zum Ablegen.

Seit 2011 steigt die Zahl der Geflüchteten, die sich von Tunesien aus auf den Weg machen, kontinuierlich an. Bis Ende August dieses Jahrs haben tunesische und italienische Sicherheitsbehörden 6.800 Menschen aufgegriffen. Bislang sind die meisten Geflüchteten aber selbst Tunesier*innen: von den 3.243 Menschen, die die tunesischen Behörden aufgegriffen haben, waren 2.952 tunesisch⁵⁸.

Viele Geflüchtete unterschätzen die Gefahr der Überfahrt. So starben erst Anfang Juni mindestens 48 Menschen kurz nach dem Start von der Inselgruppe Kerkennah. Das einstige Ferien- und Fischerparadies hat sich aufgrund des ausbleibenden Tourismus und der verschmutzten Meere zu einem Hotspot der Migration entwickelt⁵⁹.

Viele der jungen Tunesier*innen fliehen wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage, die sich auch sieben Jahre nach dem arabischen Frühling wenig verbessert hat. Viele präferieren die gefährliche Überfahrt und einen möglichen Tod anstelle eines würdelosen Lebens in Tunesien. Ein Geflüchteter, der es bis nach Mailand geschafft hat, erzählt wie enttäuscht er nun ist. Sein Traum von Europa endete in Obdachlosigkeit. Er hätte nicht erwartet, dass es so schwer sei, einen Job zu finden. Jedoch sei es in Tunesien unmöglich, Arbeit zu kriegen. Deshalb will er in Mailand bleiben⁶⁰.

⁵⁷ <https://borgenproject.org/facts-about-refugees-in-tunisia/>

⁵⁸ <https://issafrica.org/iss-today/tunisia-isnt-a-migrant-transit-country-yet>

⁵⁹ https://www.deutschlandfunkkultur.de/zukunftsaussichten-junger-tunesier-lieber-schleuser-als.2165.de.html?dram:article_id=421409

⁶⁰ <https://annabaa.org/arabic/rights/12852>

4. Tunesien als wichtigster Partner der EU in Nordafrika

Das erste Abkommen zwischen Tunesien und der EU stammt aus dem Jahre 1995. Dieses Assoziierungsabkommen setzte den Rahmen für wirtschaftliche, politische, soziale und sicherheitspolitische Kooperationen, erlaubte die Einrichtung einer Freihandelszone und bildet heute die Grundlage für bilaterale Verhandlungen⁶¹.

Im März 2014 gab die europäische Kommission bekannt, dass sie eine sogenannte Mobilitätspartnerschaft mit Tunesien vereinbart hat. Bei diesen Mobilitätspartnerschaften, die es mit mehreren Ländern gibt, handelt es sich um einen flexiblen und nicht-rechtsverbindlichen Regelungsrahmen.

„Ziel dieser Mobilitätspartnerschaft ist es, den Personenverkehr zwischen der EU und Tunesien zu erleichtern und zur gemeinsamen, verantwortungsvollen Steuerung der vorhandenen Migrationsströme, insbesondere durch Vereinfachung der Verfahren zur Visa-Vergabe, beizutragen. In diesem Zusammenhang wird die EU außerdem die tunesischen Behörden in ihren Bemühungen im Bereich des Asylrechts unterstützen, ein System zum Schutz von Flüchtlingen und Asylsuchenden einzurichten. Mit dieser Partnerschaft werden die EU und Tunesien nicht nur ihre bilateralen Beziehungen auf dem Gebiet der Migration, Mobilität und Sicherheit vertiefen, sondern auch zusammenarbeiten, um die bestehenden Herausforderungen im Mittelmeerraum besser anzugehen,“ erklärte die damalige EU-Kommissarin für Innenpolitik Cecilia Malmström⁶².

Des Weiteren heißt es in der Pressemitteilung von 2014:

*„Was die illegale Migration betrifft, so haben sich die EU und Tunesien darauf geeinigt, Verhandlungen über ein Abkommen zur Rückübernahme dieser Migrantengruppe aufzunehmen, und sich außerdem verpflichtet, bei der Bekämpfung des Menschenhandels und der Schleuserkriminalität sowie der Verbesserung der Sicherheitsmerkmale von Identitäts- und Reisedokumenten und bei der Überwachung der Grenzen enger zusammenzuarbeiten.“*⁶³

Die Europäische Union will Tunesien auch helfen, ein Migrations- und Asylsystem aufzubauen, um den Menschen im Land, die Anspruch auf Asyl haben, dieses zu gewährleisten. Des Weiteren biete die EU ihre Unterstützung den tunesischen Behörden beim Aufbau eines biometrischen Registrierungssystems der Bevölkerung an. Schließlich bietet die EU ihre Hilfe beim „Border Management“ an mit der Begründung, Tunesien bei der Eindämmung von Extremismus und Radikalisierung zu unterstützen. Diese Phänomene stellen, wie in Kapitel 1 erläutert, vor allem mit den Anschlägen 2015 ein großes Problem in Tunesien dar.

Die Forderungen nach Zusammenarbeit wurden seit diesem Abkommen immer wieder verstärkt auf den Plan gerufen. Am 12. Oktober 2016 haben Verhandlungen mit Tunesien über Rücknahmeabkommen begonnen. Im Gegenzug bietet die EU Visaerleichterungen und eine „legale Migration“, beispielsweise über das ERASMUS Programm⁶³.

Die EU bietet Tunesien vor allem finanzielle wirtschaftliche Hilfe an. So hat die EU die Finanzhilfen von 2011 bis 2013 von jährlich 80 Millionen Euro auf 150-160 Millionen Euro fast verdoppelt⁶⁴. Von 2017-2020 soll sie auf 300 Millionen Euro jährlich steigen. Insgesamt

⁶¹ <http://www.eu-info.de/europa/EU-Assoziierungsvertraege/>

⁶² + ⁶³ http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-208_de.htm

⁶³ https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/communication_from_commission_to_inst_en_v6_p1_859678-2.pdf

⁶⁴ <https://carnegieeurope.eu/2014/07/03/eu-foreign-policy-in-arab-world-three-bad-examples-pub-56071>

wurden zwischen 2011 und 2017 3,5 Milliarden Euro bereitgestellt⁶⁵. Im Vergleich dazu haben die anderen nordafrikanischen Ländern wie Ägypten (2017: 100 Millionen Euro), Libyen (2014-2016: 60 Millionen Euro) und Marokko (2017: ca. 190 Millionen Euro) viel weniger Geld erhalten, gerade im Hinblick auf ihre höhere Bevölkerungszahl⁶⁶.

Auch eine intensivere wirtschaftliche Integration Tunesiens ist seit 2015 geplant. Am 13. Oktober begannen Verhandlungen über ein mögliches Freihandelsabkommen (DCFTA). Für Deutschland ist Tunesien der zweitwichtigste Handelspartner in Afrika⁶⁷. Schließlich wurden auch im Rahmen der G20 Treffen 2017 mögliche Investitionsbereiche diskutiert, wie etwa der Automobil- und Agrarsektor⁶⁸.

Seit der steigenden Zahl von Geflüchteten, die über das Mittelmeer kommen, und der europäischen Externalisierungspolitik ist die EU bestrebt, seine Beziehungen mit Tunesien weiter auszubauen. So ist Tunesien auch im Gespräch als Land für die Etablierung sogenannter „regionaler Ausschiffungsplattformen“. Statt nach Europa sollen auf See gerettete Menschen in diese Zentren gebracht werden. Allerdings lehnt Tunesien solche Zentren auf seinem Staatsgebiet bislang ab⁶⁹.

Währenddessen gibt es immer noch ein Rücknahmeabkommen zwischen Italien und Tunesien aus Zeiten Ben Alis und Berlusconi. Dieses funktioniere laut dem aktuellen italienischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Salvini sehr gut. So gehen jede Woche zwei Charterflüge mit jeweils 40 Personen nach Tunesien⁷⁰. Nachdem erst vor kurzem ein Boot mit 184 Tunesier*innen Lampedusa erreicht hatte, kündigte Salvini die sofortige Abschiebung an. Allerdings gibt es aus Tunesien ein klares Nein zu beschleunigten Sonderabschiebungen. So kommt es trotz der regelmäßigen Abschiebung zu einer langen Warteschlange: „Im Jahr 2018 war Tunesien mit rund 4.200 Menschen an der Spitze der Herkunftsländer der Ankünfte. Von diesen wurden 3.500 ausgewiesen, aber nur 1.700 wurden tatsächlich zurückgebracht“⁷¹. Deshalb reiste Salvini Ende September persönlich nach Tunesien, um über die besser Umsetzung des Rücknahmeabkommens zu sprechen.

⁶⁵ https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/2017-09-4_factsheet_tunisia_en.pdf Für detaillierte Informationen zur Verteilung und letztendlichen Abrufung der Gelder siehe: Europäischer Rechnungshof: Sonderbericht – EU-Hilfe für Tunesien

⁶⁶ https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/neighbourhood/countries_fr

⁶⁷ <https://magazin.zenith.me/de/wirtschaft/tunesien-freihandel-mit-der-eu-und-osteuropa>

⁶⁸ Für konkrete Projektidee siehe:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/G20-2016/2017-06-13-compact-with-africa-tunesien.pdf?__blob=publicationFile&v=3

⁶⁹ <https://www.ecre.org/european-council-regional-disembarkation-platforms-a-key-objective/>

⁷⁰ <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ruecknahmeabkommen-mit-italien-salvini-weiss-von-nichts-15788197.html>

⁷¹ https://www.borderline-europe.de/sites/default/files/projekte_files/nl%20italien%20september%202018_final.pdf

5. Länderinformationen



Abb. 1: Karte von Tunesien (Quelle: <http://www.mgfa.de/html/einsatzunterstuetzung/downloads/meunordafrikaschmidt.pdf?PHPS ESSID=3e70ef7d8c8a55dd292d19331fe29e12>)

Länderinformationen (I)		
Basisdaten	Tunesien	Deutschland
Flagge		
Staat	Tunesische Republik	Bundesrepublik Deutschland
Regierungsform	Präsidentialrepublik	demokr.-parlamentarischer Bundesstaat
Hauptstadt	Tunis	Berlin
Bevölkerung		
Fläche in km ²	163 610	357 112
Einwohner in Tsd	10 328	82 110
Bevölkerungsdichte je km ²	63	230
Städtische Bevölkerung in %	67	74
Lebenserwartung	74	80
Bevölkerung < 15 Jahre in %	24	14
Bevölkerung > 65 Jahre in %	7	20
Bevölkerungsentwicklung 2000 – 08 in %	0,9	0,0
Geburtenrate pro Tsd	18	8
Sterberate pro Tsd	6	10
Säuglingssterblichkeit pro Tsd	18	4
Kindersterblichkeit pro Tsd	21	4
Bildung und Gesundheit		
Alphabetisierungsrate 2005 – 08 Männer in %	86	—
Alphabetisierungsrate 2005 – 08 Frauen in %	70	—
Einschulungsrate Grundschule Jungen in %	97	98

Länderinformationen (II)		
Länder	Tunesien	Deutschland
		
Bildung und Gesundheit		
Einschulungsrate Grundschule Mädchen in %	98	98
HIV/AIDS an Gesamtbevölkerung in % 2007	0,1	0,1
Gesundheitsausgaben in % des BIP 2007	3,0	8,0
Zugang zu Sanitäreinrichtungen in % 2006	85	100
Zugang zu Trinkwasser in % 2006	94	100
Wirtschaft und Umwelt		
BNE je Einw. in US-\$	3 480	42 710
BNE je Einw. in KKP-\$	7 960	35 370
Auslandsverschuldung in Mio. US-\$	20 776	—
Schuldendienstquote in % des BNE	5,6	—
Entwicklungshilfe je Einw. in US-\$	46	—
Arbeitslosenquote in %	15,6	7,6
Energieverbrauch je Einw. in Kg ÖE 2007	864	4 027
CO ² -Emissionen je Einw. in t 2006	2,3	9,8
Migration		
Anteil der ausländischen Bevölkerung 2005	0,3	12,9
Rücküberweisungen in Mio. US-\$ 2008	1 870	11 064
Rücküberweisungen in Mio. US-\$ 2009	1 860	10 762
Rücküberweisungen in % des BIP 2008	4,7	0,3
Flüchtlinge Herkunftsstaaten 2008	2 349	166
Flüchtlinge Zielstaaten 2008	94	582 735
Asylbewerber Herkunftsstaaten 2008	368	103
Asylbewerber Zielstaaten 2008	51	33 295
	BIP = Bruttoinlandsprodukt BNE = Bruttonationaleinkommen	KKP = Kaufkraftparität ÖE = Öleinheiten

Länderinformationen (III)		
Basisdaten	Tunesien	Deutschland
Flagge		
Staat	Tunesische Republik	Bundesrepublik Deutschland
Bruttoinlandsprodukt, Arbeitsmarkt und Inflation		
BIP je Einwohner in US-\$	3 792	40 670
BIP Wachstum 2010 auf 2011 in %	1,3	3,6
BIP-Anteil für:		
- Landwirtschaft	11	1
- Industrie	34	28
- Dienstleistungssektor	55	71
Arbeitskräfte für:		
- Landwirtschaft	18	2
- Industrie	32	30
- Dienstleistungssektor	50	68
Inflationsrate in %	4,5	1,1
Außenhandel		
Gesamtexport in Mrd US-\$	16,1	1 337
Ölexport 1000 Barrel je Tag	77,1	536,6
Gasexport in Mrd m ³ je Jahr	0	12,6
Anteil Deutschlands am:		
- Export in %	8,8	
- Import in %	8,8	
Außenhandelssaldo in Mrd US-\$	-9,9	217

Abb. 2: Länderinformationen Tunesien und Deutschland im Vergleich (Quelle: <http://www.mgfa.de/html/einsatzunterstuetzung/downloads/meunordafrikaschmidt.pdf?PHPSESSID=3e70ef7d8c8a55dd292d19331fe29e12>)

6. Literatur

Hans-Peter Mattes (2013): Politische Transformation und Gewalt in Tunesien, Ägypten und Libyen seit 2011: Ein Forschungsaufriß. Giga Working Paper 219/2013, Hamburg.

Melanie Müller, Judith Vorrath (2018): *Herausforderungen für die europäische Zusammenarbeit mit dem südlichen und westlichen Afrika* in Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (Volume 11, Issue 3, Seite 267–278), Wiesbaden.

Europäischer Rechnungshof (2017): Sonderbericht Nummer 3/2017: EU-Hilfe für Tunesien. Amt für Veröffentlichungen der EU, Luxemburg.